

# Asylbewerber – bitte nicht in meinem Dorf!

*Zum ersten Mal seit 2003 wurden letztes Jahr mehr als 20 000 Asylgesuche eingereicht. Die Asylzentren platzen aus allen Nähten und es müssen zusätzliche Kapazitäten für die Unterbringung geschaffen werden. Obwohl primär Bund und Kantone dafür zuständig sind, stellen sich die konkreten Probleme in den Gemeinden, in denen die Asylsuchenden einquartiert werden sollen.*

Von Patrick Aeschlimann

**W**olfgang Schibler, SVP-Politiker, übernahm am 1. November 2011 das Amt des Gemeindeammanns (Gemeindepräsident) im aargauischen Bettwil. Nur drei Tage später führte er ein Telefonat, welches sein Leben verändern sollte: Die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli (Grüne) teilte ihm mit, dass in seiner Gemeinde rund 140 Asylsuchende untergebracht werden sollen. Seither ist in der 560-Seelen-Gemeinde die Hölle los: Bürgerproteste, Plakate, Petitionen und Negativschlagzeilen. Die ganze Schweiz kennt Bettwil und Wolfgang Schibler dank dem Widerstand gegen das Asylzentrum. «Wir haben nichts gegen Ausländer», wiederholt Schibler gebetsmühlenartig in allen Medien. Vielmehr sei das Problem kommunikativer Art: «Kanton und Bund haben uns vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir Bettwiler wurden nicht in diese Entscheidung miteinbezogen», sagt Schibler.

## Erfahrung seit 25 Jahren

Zudem wirft der Gemeindeammann dem Direktor des Bundesamts für Migration, Mario Gattiker, und Regierungsrätin Hochuli vor, am Infoanlass für die Bettwiler Bevölkerung Ende November schlecht vorbereitet gewesen zu sein und «eine gewisse Überheblichkeit» an den Tag gelegt zu haben. Man habe gar nicht genau abgeklärt, ob die für das Asylzentrum vorgesehene Militäranlage überhaupt geeignet sei für die Unterbringung von derart vielen Menschen. Im Winter sei es dort eisig kalt und es fehle an sanitären Anlagen, berichtet Schibler. Für ihn

ist klar: «Die Anlage ist für etwa 30 Personen angelegt, 80 oder noch mehr Menschen dort unterzubringen ist menschenunwürdig.» In Bettwil lebe bereits eine Familie Asylsuchender, die sich gut ins Dorfleben integriert habe. Man wäre auch bereit mehr aufzunehmen, wenn die Vertreter von Bund und Kanton «mit einem realistischen Projekt auf Augenhöhe mit uns diskutieren würden», so Schibler. Kollegen, die in den Gemeinden in ähnlichen Situationen sind, rät er, nicht alles zu glauben, was Politik und Verwaltung sagen: «Wenn Konflikte mit kantonalen und eidgenössischen Stellen schwelen, sollten kommunale Milizpolitiker Juristen an die Treffen mitnehmen. Sonst kommt man ziemlich schnell unter die Räder.» Auch der Umgang mit den Medien war etwas Neues für Schibler: «Ich hätte mich schneller an einen Kommunikationsexperten wenden sollen.»

Viel entspannter präsentiert sich die Situation im schaffhausischen Buch. Die Gemeinde im Hegau hat gerade einmal 316 Einwohner – beherbergt aber seit über einem Vierteljahrhundert gegen 100 Asylbewerber. Probleme tauchen höchst selten auf, wie SVP-Gemeindepräsident Rudolf Tappolet auf Anfrage bestätigt: «Das Zusammenleben von Asylsuchenden und Bevölkerung hat bei uns Tradition und verläuft weitestgehend reibungslos.» Bis in die frühen 80er-Jahre war in der «Friedeck» im Dorfzentrum ein Kinderheim untergebracht. Nach dessen Schliessung stellte sich die Frage, was mit den grossen Räumlichkeiten im kleinen



Docu Media Schweiz  
8803 Rüschlikon  
044/ 724 77 70  
www.kommunalmagazin.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Fachpresse  
Auflage: 3'589  
Erscheinungsweise: 6x jährlich

Themen-Nr.: 317.4  
Abo-Nr.: 1071661  
Seite: 6  
Fläche: 87'904 mm<sup>2</sup>

Dorf geschehen soll. Tappolet erinnert sich an die damalige Gemeindeversammlung: «Zur Auswahl standen ein Rehabilitationszentrum für Drogenabhängige oder das Durchgangszentrum für Asylbewerber. Das Verdikt fiel relativ klar zugunsten der Ausländer aus.» Bereut hat er die Entscheidung nie. «95 Prozent der Asylsuchenden sind liebenswerte



Ein Dorf probt den Widerstand: Die Einwohner von Bettwil AG wollen kein Asylzentrum und fühlen sich übergangen.

Bild: zvg

Menschen. Mit den wenigen anderen sind wir noch immer zurecht gekommen.» Im Gegensatz zu Bettwil ist die Unterkunft in Buch also demokratisch legitimiert. Das Theater in Bettwil kann Tappolet trotzdem nicht ganz nachvollziehen: «In der Schweiz leben wir sehr gut, da muss man halt auch gewisse Opfer bringen. Irgendwo muss man diese Menschen ja unterbringen, wenn sie schon in unserem Land sind.»

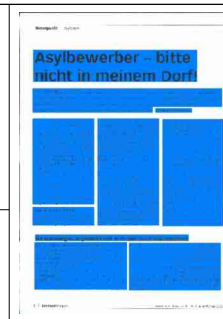
Mit den vorgesetzten Stellen bei Bund und Kanton habe man ein gutes Verhältnis. Erst letzten Oktober ist ein nordafrikanischer Asylbewerber aus der «Friedeck» nachts in ein Privathaus eingebrochen und hat eine Frau sexuell belästigt.

«Da habe ich bei der zuständigen kantonalen Stelle interveniert und nun patrouillieren nachts private Sicherheitskräfte. Seither ist es wieder ruhig im Dorf», sagt Tappolet.

Zum Inventar des ehemaligen Kinderheims gehört auch ein Freibad, das im Sommer von Asylsuchenden und Einheimischen gleichermaßen frequentiert wird. So entstehen immer wieder wertvolle Begegnungen. «Vielleicht sind wir hier, am Anfang der Schweiz, unmittelbar an der Grenze zu Deutschland, etwas abgeschlossener als in anderen Teilen des Landes», vermutet Tappolet.

### Nach Widerstand folgt Ruhe

Roman Della Rossa von der «ORS Service AG»



Docu Media Schweiz  
8803 Rüschlikon  
044/ 724 77 70  
www.kommunalmagazin.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Fachpresse  
Auflage: 3'589  
Erscheinungsweise: 6x jährlich

Themen-Nr.: 317.4  
Abo-Nr.: 1071661  
Seite: 6  
Fläche: 87'904 mm<sup>2</sup>

kennt die Betreuung von Asylsuchenden aus seiner täglichen Arbeit. Im Auftrag von Bund, Kantonen und Gemeinden betreibt die Firma zahlreiche Asylzentren. Das Verhältnis der Anwohner zu einer neuen Asylunterkunft unterteilt er typischerweise in drei Phasen: «In Phase eins ist der Widerstand oft sehr gross und die Medien berichten über das Thema. Dann kehrt Ruhe ein und die Betreuungsteams vor Ort können ungestört arbeiten. In der dritten Phase tun sich die Gegner der Asylunterkunft schwer, ihre kritische Meinung zu ändern, wenn der Betrieb der Asylunterkunft weitgehend unproblematisch läuft.»

Der Dialog ist für Della Rossa das wichtigste Element einer erfolgreichen Asylunterkunft. Für Bedenken oder Ängste der Bevölkerung hat er Verständnis, denn der Asylbereich ist und bleibt ein sensibler Bereich und nur wenige sind begeistert, wenn in ihrer Nachbarschaft eine Unterkunft für Asylsuchende eröffnet wird. «Das sollten alle Akteure ernst nehmen. Sonst kann das Nebeneinander und Miteinander schnell zu Unsicherheit und gar zu einem Gegeneinander führen.» Die Diskussion zur Betreuungs- und Unterbringungssituation sollte deshalb etwa an Informationsveranstaltungen losgelöst von der politischen Diskussion geführt werden. Die Firma ORS organisiert auch regelmässig Tage der offenen Türen in ihren Unterkünften, damit sich die Bevölkerung selbst ein Bild über das Leben dort machen kann.

Als ein hilfreiches Instrument erachtet Della Rossa die Bildung einer Begleitgruppe, und zwar am besten bevor die Asylunterkunft zum ersten Mal bewohnt ist. Sie besteht in der Regel aus Anwohnern, der Polizei, Mitgliedern von

Gemeindebehörden, der Betreuungsorganisation und eventuell dem lokalen Gewerbe. In diesem Gremium können festgestellte Probleme oder Beobachtungen besprochen und so unmittelbar auf die Situation rund um eine Asylunterkunft Einfluss genommen werden. Ausserdem schafft dies Transparenz über den Alltag in einer Asylunterkunft und baut Vorurteile und Ängste ab.

### Asylsuchende als Chance

Bei all den Negativschlagzeilen der vergangenen Wochen droht vergessen zu gehen, dass die Aufnahme von Asylsuchenden für eine Gemeinde nicht nur Risiken, sondern auch Chancen bietet. Der Bucher Gemeindepräsident Rudolf Tappolet streicht die finanziellen Vorteile heraus: «Der Kanton entschädigt unsere Gemeinde für die Aufnahme der Asylsuchenden. Das Schwimmbad bei der «Friedeck» konnten wir gratis pachten und zahlen nur für Wasser und Chlor.»

Um die Asylbewerber zu beschäftigen und gleichzeitig wichtige Arbeiten zu erledigen, die eine Gemeinde sonst nicht bezahlen könnte, appelliert Roman Della Rossa an die Kreativität der Gemeinden: «Gemeinsam mit einer Betreuungsorganisation können Gemeinden auch einen kleinen Mehrwert schaffen, indem Asylsuchende beispielsweise Wanderwege wieder herrichten, im Rahmen eines Naturschutzprojekts den Wald aufräumen oder Trottoirs oder Parkanlagen reinigen. Solche Beschäftigungsprogramme werden auch von den Asylsuchenden sehr geschätzt, weil sie oft eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten, den eigenen Alltag sinnvoll zu gestalten.» ■



Docu Media Schweiz  
8803 Rüslikon  
044/ 724 77 70  
www.kommunalmagazin.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Fachpresse  
Auflage: 3'589  
Erscheinungsweise: 6x jährlich

Themen-Nr.: 317.4  
Abo-Nr.: 1071661  
Seite: 6  
Fläche: 87'904 mm<sup>2</sup>

## Kanton Aargau: Asylunterkunft in Bettwil doch widerrechtlich

Mitte Januar gab ein Rechtsgutachten des Kantons Aargau den rechtlichen Bedenken von Gemeindeammann Wolfgang Schibler Recht: Der kantonale Rechtsdienst kam zum Schluss, dass für die Militäranlage die allgemeinen Grundsätze des Baurechts gelten, weil bundes- oder kantonsrechtliche Sonderregelungen fehlen. Der Regierungsrat schliesst sich der Beurteilung an.

Das Bundesamt für Migration (BFM) hatte sich auf den Standpunkt gestellt, es brauche für eine befristete zivile Mitbenützung der Militäranlage keine Baubewilligung. Der Gemeinderat von Bettwil hingegen geht davon aus, dass der Bund die Anlage nun nicht als Asylunterkunft nutzen wird. Er könne sich nur schwer vorstellen, dass sich das BFM über das Rechtsgutachten des Kantons hinwegsetzen werde, sagte Schibler. Für ihn steht fest, dass sich die Aargauer Regierung viel Ärger hätte ersparen können, wenn die Rechtslage zu Beginn schon seriös untersucht worden wäre. «Dann wäre Bettwil gar nie zum Thema geworden. Das ganze Theater war umsonst.»

Die Kantonsregierung räumte ein, dass der Kanton die Rechtslage bereits früher hätte abklären können. Man sei wohl «etwas leichtgläubig» gewesen, sagte Landammann Urs Hofmann (SP). Die Regierung sei davon ausgegangen, dass das BFM die Rechtslage geklärt habe, meinte Balz Bruder, Mediensprecher des Departementes Gesundheit und Soziales (DGS).  
*(aes/sda)*